

Misstrauensantrag

§ 55 GOG-NR

der Abgeordneten Korun, Pilz, Freundinnen und Freunde

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber der Bundesministerin für Inneres

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (111 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2009 (Bundesfinanzgesetz 2009 – BFG 2009) samt Anlagen (200 d.B.)

Begründung

Die Leitung des Bundesministeriums für Inneres ist eine höchst sensible Aufgabe, da durch die Kontrolle über wesentliche Teile des staatlichen Gewaltmonopols die Wahrung der Grundrechte und effiziente Verbrechensbekämpfung ebenso gewährleistet werden müssen wie der humanitäre Schutz verfolgter Menschen und die transparente Regelung der Einwanderung mit dazu gehörigen Integrationsmaßnahmen. Das Amt erfordert daher hohe Fachkompetenz, ein außerordentliches Maß an Verantwortungsbewusstsein für Rechtsstaatlichkeit und Achtung für Verfassung und Grundrechte, Problemlösungskompetenz aber auch Menschlichkeit.

Bereits bei Bestellung von Maria Fekter im Juli 2008 bestanden aufgrund ihrer bisherigen politischen Arbeit Zweifel, ob sie diese hohen Anforderungen erfüllen würde können. Diese Befürchtungen wurden leider durch die Realität ihrer Amtsführung noch übertroffen.

1) Versagen in der Sicherheitspolitik:

Zugestanden sei, dass Maria Fekter hier ein schweres Erbe angetreten hat: durch die unмотivierte, sachlich völlig verfehlte und vor allem durch Parteiinteressen begründete „Polizeireform“ ihres Amtsvorgängers Ernst Strasser, wurden bewährte, über Jahrzehnte gewachsene Strukturen mutwillig zerschlagen und wesentliche Erfahrungswerte vor allem in der Kriminalpolizei durch politische Säuberungen vernichtet. Dies in einer Zeit internationalen Umbruchs und dynamischer Kriminalitätsentwicklung, die auch eine gut funktionierende Polizeibehörde vor große Herausforderungen stellen würde.

Umso mehr wäre es erforderlich, dass die Innenministerin mit hoher Fachkompetenz (auch geeigneter BeraterInnen) und vor allem auch Kritikfähigkeit die Reform der Reform, die Reparatur des zerschlagenen Porzellans anginge.

Statt dessen wird der alte Kurs verfehlter Postenbesetzungen und mutwilliger Umstrukturierungen fortgesetzt.

Mit Herbert Anderl wurde als Generaldirektor für öffentliche Sicherheit eine Person berufen, deren berufliche Erfahrungen überwiegend aus dem Rechnungshof stammen, der sich jedoch durch seine Mitarbeit an einem ÖVP-Wahlprogramm offenbar um die Partei verdient gemacht hatte.

Michael Kloibmüller spielte die Schlüsselrolle im Strasserschen Postenschacher, und wurde von Maria Fekter zum Kabinettschef berufen.

Schließlich wurde mit Karl Mahrer ein ÖVP-naher Spitzenpolizist zum Wiener Landespolizeikommandanten bestellt, der die menschenverachtende Personalpolitik der letzten Jahre nahtlos fortsetzt.

Doch auch fachlich zeigt Maria Fekter als Innenministerin keinerlei Ansätze, Fehler ihrer VorgängerInnen einzugestehen und eingeschlagene Irrwege zu verlassen: erst im Dezember 2008 wurden etwa in Wien weitere kriminalpolizeiliche Strukturen zerschlagen, politisch erwünschte Emporkömmlinge auf Schlüsselpositionen gehievt, und gleichzeitig sinnvolle Einrichtungen wie etwa eigene KfZ-Delikt-Ermittlungsgruppen aufgelöst. Interne Kritiker wie zum Beispiel – aber nicht nur – Herwig Haidinger sollen durch Disziplinarverfahren und Strafversetzungen mundtot gemacht werden. Und in beängstigender Verkenntung der Realität glaubt die Innenministerin mit zunehmend ausufernden Überwachungsmaßnahmen wie Online-Durchsuchung und Massen-DNA-Tests die Kriminalitätsgeister, die sie und ihre VorgängerInnen mit verfehlter Sicherheitspolitik erst riefen, beherrschen zu können. Grund- und Freiheitsrechte der BürgerInnen bleiben dabei auf der Strecke, wie das auch unter Maria Fekter mit Vehemenz fortgeführte Tierschützer-Verfahren zeigt.

Es überrascht daher Kenner keineswegs, dass in den Jahren der ÖVP-InnenministerInnen bei steigender Kriminalität die Aufklärungsraten stark sanken. Zuletzt brach unter Maria Fekter in Wien die Aufklärungsquote von Wohnungseinbrüchen auf nur noch 3,2% ein, während diese in vergleichbaren deutschen Großstädten drei bis fünfmal so hoch liegt.

Aktuelles Beispiel für die fehlende Fachkompetenz ist die Aussage der Innenministerin am 21.5.2009 im Zuge einer Datenschutztagung, wonach die Online-Durchsuchung zur „Verhinderung von Amoktaten“ erforderlich sei – eine inhaltlich ebenso unsinnige wie haltlose Behauptung.

Darüber hinaus verkörpert Maria Fekter generelle Kritikunfähigkeit an ihrer Arbeit sowie am Innenressort. Anstatt Missstände wie etwa den von amnesty international beschriebenen strukturellen Rassismus in der Polizei zu benennen und mit Führungsqualität für Besserung zu sorgen, erfolgen Dementis und regelmäßig der Versuch, Opfer durch Pressearbeit des Ministeriums in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren. Fehlleistungen der Behörden werden durch die Ministerin nicht aufgeklärt, sondern sollen wie in den Fällen Kampusch, Israilov und möglicherweise auch bei der aktuellen Gewalttat in einem Sikh-Tempel vertuscht werden.

2) Versagen bei der Asylversorgung:

Statt das Menschenrecht auf Schutz vor Verfolgung und die Genfer Flüchtlingskonvention zu vertreten, diffamiert die Innenministerin seit ihrem

Amtsantritt AsylwerberInnen als „Wirtschaftsflüchtlinge“, „Scheinasylanten“ oder Kriminelle.

Statt für EU-weit einheitliche Asylstandards und einheitliche Kriterien einzutreten, blockiert sie aus Wahlkampfmotiven heraus vernünftige Asylregeln und EU-Richtlinien dazu.

Einige Aussagen der Ministerin in diesem Zusammenhang:

"Da stellen manche mutwillig einen Antrag nach dem anderen, nur damit der Charterflieger für die Abschiebung halb leer wegfliegt. Wenn es derartige mutwillige Anträge gibt, werden wir künftig nicht davor zurückschrecken, Mutwillens-Strafen auch über jene Berater zu verhängen."

BM Fekter, 08.04.2009, Der Standard

„Noch etwas werden wir tun: Wir geben derzeit viel Geld für die Rechtsberatung von Asylwerbern aus. In Zukunft werden wir nur jene Organisationen beauftragen, die rasch Rechtssicherheit für Asylwerber schaffen.“

BM Fekter, 09.04.2009, Kurier

„Asyl ist die Notaufnahme und Wirtschaftsflüchtlinge sind die Kurgäste.“ Dabei sei die Notaufnahme wegen den Kurgästen überfüllt.

BM Fekter, 27.11.2008, Die Presse

"Asylwerber dürfen nicht hier um Hilfe bitten und dann den Behörden auf der Nase herumtanzen."

BM Fekter, 08.04.2009, Der Standard

Die ÖVP ist entsetzt über die geplante neue EU-Bestimmung für Asylwerber. Alle neuen Bestimmungen zusammen würden dem Asylmissbrauch Tür und Tor öffnen, ...
[...].

09.05.2009, APA unter Berufung auf Maria Fekter

Dabei hatte zuvor etwa noch der ÖVP-Abgeordnete Hubert Pirker die geplante Arbeitserlaubnis für Asylwerber nach sechs Monaten begrüßt.
(*Der Standard, 5.12.2008*)

Aus den Aussagen zeigt sich klar, dass Innenministerin Fekter mit der Asylpolitik völlig überfordert ist und diese zur Stimmungsmache GEGEN AsylwerberInnen benützt. Die Innenministerin agiert beim Thema Asyl geradezu „antieuropäisch“, wenn sie die geplante Vereinheitlichung auf EU-Ebene bekämpft, obwohl sowohl die ÖVP als auch die europäische Schwesterpartei EVP bis vor kurzem die Asylrichtlinie unterstützt haben. Die Innenministerin will gemeinsame, einheitliche Regeln für Asyl blockieren und massiv gegen eine Annahme des genannten Richtlinienentwurfs im EU-Rat der InnenministerInnen lobbyieren., wohl wissend, dass einheitliche Standards eine faire und sinnvolle Teilung der Verantwortung zwischen den EU-Ländern in der Asylfrage zur Folge haben würden.

Eine gemeinsame Asylpolitik der EU und damit die Verbesserung des europäischen Asylsystems ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund von Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer notwendiger denn je. Diese Flüchtlingskatastrophen, die täglich vor den Augen der Welt passieren und denen die Europäische Union wie gelähmt zusieht, sind nur ein Beispiel einer bisher gescheiterten Europäischen Asylpolitik.

Mehr als 10.000 Menschen sind in den letzten 5 Jahren vor den Küsten der EU ertrunken. Unzählige Berichte objektivieren die unhaltbaren Zustände in den Sammellagern auf europäischem Boden (Lampedusa/Ceuta/Melilla/Malta/ Kanarische Inseln). Zusätzlich gibt es riskante und menschenrechtswidrige Rückführungspraktiken aus diesen Sammellagern in Richtung Transit- und Herkunftsstaaten.

Die bestehenden Rechtsnormen sowohl auf europäischer als auch österreichischer Ebene weisen enorme Defizite auf. Das geht von mangelnder Verständlichkeit, mangelnder Praktikabilität bis hin zu menschenrechtsverletzenden Bestimmungen (Stichwort „Abschieberichtlinie“). Die vorliegenden Änderungsvorschläge der Europäischen Kommission am bestehenden Asylsystem sind daher ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Für Maria Fekter stehen jedoch weiterhin Abschiebung und Schubhaft im Vordergrund. Verteidigt wird von ihr auch die Praxis, Kinder gemeinsam mit ihren Eltern in Schubhaft zu nehmen. An Zynismus kaum zu überbieten ist in diesem Zusammenhang die Aussage, es sei auch der „Wunsch“ der Eltern, dass es zu keiner Trennung komme (APA, 13.05.2009).

3) Versagen bei der Integrationspolitik:

Durch Untätigkeit verschleudert die Innenministerin das Zukunftsthema Integration.

Trotz der Tatsache, dass aus mehreren Arbeitsgruppen und ExpertInnentreffen konkrete Vorschläge für Maßnahmen und Schritte in der Integrationspolitik vorliegen, setzte Ministerin Fekter vor zwei Monaten erneut Arbeitsgruppen ein, diesmal unter dem Namen „Nationaler Aktionsplan Integration“. Dieser „nationale Aktionsplan“ kann allerdings nicht tätig werden, da die Ministerin in den Budgets für 2009 und 2010 genau 0 – in Worten Null – Euro dafür vorgesehen hat.

Der Blick der Ministerin auf das Thema Integration ist rein defizitorientiert. Von Potenzialen und Kenntnissen von MigrantInnen, die man unterstützen und im Sinne der Gesellschaft einsetzen könnte, ist nie die Rede.

Die NGOs, die seit Jahren ihre Kenntnisse und Expertise – meist unbezahlt – dem Innenministerium zur Verfügung gestellt und konkrete Integrationsmaßnahmen vorgeschlagen haben, haben daher dem NAP ihre Zusammenarbeit aufgekündigt.

Menschenrechtsorganisationen wie SOS Mitmensch, Ehe ohne Grenzen, ZARA oder Asylkoordination haben in einem offenen Brief erklärt, dass das Thema Integration von der Ministerin auf Defizite bei den Zuwanderern verengt wird, und dass das Innenministerium in erster Linie Maßnahmen der Länder und Gemeinden sowie Anstrengungen der MigrantInnen vorsieht. Was fehlt ist ein klares Bekenntnis des Bundes, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen und die erforderlichen Geldmittel bereitzustellen.

Innenministerin Fekter versagt im Umgang mit dem Thema Integration, indem sie Integration bloß einfordert, ohne sich für die Rahmenbedingungen verantwortlich zu fühlen. Sie verschenkt Chancen, die Österreich bei einem MigrantInnenanteil von 16

% hat. Damit handelt sie gegen die Interessen der Republik, Integration gelingen zu lassen und davon als Gesamtgesellschaft zu profitieren.

Aus all diesen Gründen besteht kein Vertrauen, dass Maria Fekter der schwierigen Aufgabe als Innenministerin fachlich und menschlich gewachsen ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesministerin für Inneres wird im Sinne des Art 74 Abs 1 B-VG durch ausdrückliche EntschlieÙung des Nationalrates das Vertrauen versagt.“

A. Koenig

Hubert

Müller-Schöll

H. Bauer

A. Koenig